

Höhere Verwaltungsgebühren: Nein!

Aktualisierung der Verwaltungsgebührensatzung“ hieß der Tagesordnungspunkt auf der Hauptausschusssitzung am 28.5. schön verdreht und versteckt. Stattdessen hätte es, wenn man den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen wollte, heißen müssen: „Die Barmstedter/innen sollen noch mehr zahlen für Verwaltungsleistungen“. So viel zur „Transparenz“ gegenüber der Bevölkerung.

Gut 110.000,- Euro kassiert die Stadt jährlich von den Bürgerinnen und Bürgern an Verwaltungsgebühren. Jetzt will sie noch mehr. CDU, FWB, SPD und GRÜNE beschlossen bei Gegenstimmen der BALL, dass die Barmstedter/innen noch mehr zahlen sollen, wenn sie z. B. einen Antrag im Baubereich (Abwasseranschluss, Grundbuchänderungen) stellen oder einen neuen Schülerausweis benötigen. Bei den Verwaltungsgebühren soll zukünftig der Zeitaufwand der Verwaltungsmitarbeiter (berechnet in 1/4-Stunden-Einheiten) stärker berücksichtigt werden. In Einzelfällen sollen die Gebühren um 100 % – 300 % steigen.

Die BALL-Vertreter Klaus Kuberzig und Dr. Günter Thiel traten – entsprechend der Wahlaussage der BALL – gegen die Erhöhung der Verwaltungsgebühren auf. „Die Stadtverwaltung wird von den Steuergeldern bezahlt. Dafür können entsprechende Leistungen erwartet werden. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Leistung der Verwaltung über Gebühren ein zweites Mal bezahlt wird“, so Klaus Kuberzig. Die Stadt will mit dem Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger Haushaltlöcher stopfen. Dabei hat die Stadtvertretung erst in den „strategischen Zielen“ bis 2023 einstimmig beschlossen: „Die Stadt setzt sich für eine Gemeindefinanzreform ein, die es der Stadt ermöglicht die laufenden Aufgaben ohne Defizite und ohne weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren.“ Jetzt geht es erst mal so weiter; das ist einfacher – solange die BarmstedterInnen sich nicht dagegen auflehnen.

Antrag der BALL-Fraktion in der Stadtvertretung:

40 Sozialwohnungen für Barmstedt

Die BALL-Fraktion will, dass die Stadt den Bau von 40 Sozialwohnungen in Barmstedt realisiert. Die Kaltmiete sollte 6,- Euro pro Quadratmeter – ca. 300,- Euro bei einer 50 m²-Wohnung – nicht überschreiten. Damit soll ein Zeichen gegen die hohen Mieten auch in Barmstedt gesetzt werden. Z. B. Montag, 3.6.19: Wer an diesem Morgen in Barmstedt eine Wohnung sucht, stößt auf Mietpreise bei Neubauwohnungen zwischen 8,50 und 9,84 Euro pro Quadratmeter. Das sind bei einer 50 m²-Wohnung 450,- Euro Kaltmiete. Hinzu kommen die erheblichen Betriebs- und Nebenkosten. Die Kaltmieten für Altbauwohnungen liegen um die 7,12 Euro pro Quadratmeter.

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



Im Zeitraum 2015-2018 hat die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IBSH) in SH den Bau von nicht ganz 2000 Sozialwohnungen mit niedrigeren Mieten und Mietpreisbindung gefördert, davon 744 Wohnungen im Kreis Pinneberg. Das konnte bei wei-

Die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadt Barmstedt strebt den Bau von ca. 40 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau an.

Die Verwaltung möge im ersten Schritt

■ die aktuellen Förderbedingungen durch IBSH Land/Bund klären; insbesondere unter Berücksichtigung der Förderung hoher energetischer Standards;

■ klären, ob der Bau besser über eine Wohnungsbaugenossenschaft oder in kommunaler Trägerschaft erfolgt;

■ ein geeignetes städtisches Grundstück ausfindig machen, das von der Stadt für den Wohnungsbau zur Reduzierung der Miethöhe eingebracht wird;

■ die städtische Beteiligung durch ein Kommunaldarlehen zu kalkulieren;

■ eine erste Baukosten- und Mietpreiskalkulation vorlegen.

tem nicht den Wegfall von einstigen Sozialwohnungen ausgleichen. Mit dem Bau von 40 Sozialwohnungen in Barmstedt kann die Stadt im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten ein soziales Zeichen setzen.

Bundesweit sieht es so aus:

Schätzungsweise 50.000 bis 70.000 Mietwohnungen werden pro Jahr in Eigentumswohnungen umgewandelt, Tendenz steigend. → Nur etwa 26.000 neue Sozialwohnungen wurden im letzten Jahr gebaut. Gleichzeitig läuft aber für 50.000 bis

60.000 Sozialwohnungen jährlich die Preisbindung aus. Auch in Barmstedt gibt es nur noch wenige Wohnungen mit Mietpreisbindung. → Die Mieten in bestehenden Mietverhältnissen, das heißt die ortsübliche Vergleichsmiete, steigt mehr als doppelt so schnell wie die Verbraucherpreise. → Die Mieten in den Großstädten und Ballungszentren, wie Hamburg, Hannover, Nürnberg, München oder Berlin, sind zwischen 2008 und 2018 um 50, 60, sogar um 100 Prozent gestiegen. Die Wohnkostenbelastung liegt für

40 Prozent der Haushalte im Durchschnitt bei mehr als 30 Prozent. → Der Bestand an Sozialwohnungen ist in den letzten 30 Jahren von rund 4 Millionen auf 1,25 Millionen zusammengeschrumpft. → 860.000 Menschen sind wohnungslos. Immer mehr Mieterinnen und Mieter droht wegen eines unzureichenden Kündigungsschutzes und ständig steigender Mieten der Verlust der Wohnung. → Vier bis fünf Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland. → Die Mietpreispbremse der Regierung ist wirkungslos: Sie hat die Ex-

plosion der Mieten nicht stoppen können. → In 2020 sind bislang nur 2 Mrd. an Zuschüssen vom Bund an die Länder für z. B. den Bau von Sozialwohnungen vorgesehen, wobei die Länder die Bundesmittel nicht für den Wohnungsbau einsetzen müssen. Um rund 5 Mrd. jährlich hat die CDU/CSU/SPD-Regierung mal eben die Kriegs- und Rüstungsausgaben erhöht.

In Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und anderen Städten demonstrierten daher Zehntausende für bezahlbaren Wohnraum in ihrer Stadt.

BALL fordert Eigenbewirtschaftung durch die Stadt Mensabetrieb an der GSS

Wie geht es mit der Mensa an der GSS weiter? Für das Schuljahr 2019/2020 gibt es noch keine tragfähige Lösung. Nachdem der Schulverein in den Sommerferien 2018 überraschend die Trägerschaft der Mensa gekündigt hatte, war der Verein IN VIA aus Hamburg kurzfristig eingesprungen. An der Bereitstellung eines Frühstücksangebots ist der Verein allerdings nicht interessiert. Leider werden bisher nicht genügend Mittagessen verkauft, um kostendeckend zu arbeiten. Dies führt dazu, dass die Stadt für das laufende Schuljahr 18/19 einen finanziellen Ausgleich von bis zu 10.000,- Euro an IN VIA zahlen muss, um das erwirtschaftete Defizit auszugleichen.

Mögliche Gründe hierfür sind die fehlenden Menu-Auswahl-



möglichkeiten und die Anmeldung am Vortag. Auch das fehlende Frühstücksangebot trägt zur geringen Akzeptanz der Mensa bei: Die Mensa, die eigentlich zentraler Gemeinschaftsraum und Treffpunkt für SchülerInnen und LehrerInnen sein sollte, ist heute

in den Pausen häufig verwaist und wird insgesamt wenig genutzt. Daher hält die BALL-Fraktion es für wichtig, eine ganzheitliche Lösung mit Frühstück und Mittagessen für die Mensa zu finden, um eine positive Lernatmosphäre zu schaffen und das

Gemeinschaftsgefühl zu stärken. In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport wurde das Engagement des jetzigen Betreibers IN VIA e.V. nur bis zum 31.10.2019 verlängert. Eine Essensversorgung für die Kinder nach den Sommerferien ist also vorerst gesichert. Weitere Anbieter werden bis dahin geprüft. Eines ist jedoch klar: Je umfangreicher das Essensangebot für die SchülerInnen wird, umso teurer wird es am Ende für die Stadt als Schulträger. Daher muss man davon ausgehen, dass sich die städtischen Kosten für den Mensabetrieb zukünftig nicht mehr neutral halten lassen.

Die BALL ist deswegen für eine vom Schulträger (also der Stadt Barmstedt) betriebene Schulküche anstelle eines auswärtigen Caterers. Dies hätte viele Vorteile: Man hat die Qualität des Essens, die Anzahl der angebotenen Tagesgerichte und vor allem den Preis pro Mahlzeit selbst in der Hand und begibt sich auch zukünftig nicht in die

Abhängigkeit eines Dienstleisters. Die vorhandene Mensaküche in der GSS hat genügend Kapazitäten: Es können dort täglich bis zu 500 Essen gekocht werden. Auch eine Versorgung der örtlichen Kindergärten und weiterer Einrichtungen wären mit diesem Modell möglich.

Immer mehr SchülerInnen besuchen Nachmittagsbetreuung und Angebote der Offenen



Britt Schölermann
Ausschuss f. Kultur
Schule und Sport

Ganztagsschule – und sind somit auf ein Mittagessen angewiesen. Das Thema sollte nicht halbherzig angegangen, sondern für die Zukunft auf tragfähige Beine gestellt werden. Mit einer eigenen Schulküche würde die Stadt endlich ihrer Verantwortung für die Versorgung ihrer SchülerInnen und Schüler gerecht werden.

„Unsere Zivilisation wird geopfert für die Gelegenheit einer sehr kleinen Zahl von Leuten, weiterhin enorme Summen Geld zu machen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Leute aus Ländern wie dem meinen in Luxus leben können. Es sind die Leiden der Vielen, die für den Luxus der Wenigen bezahlen ...

Wir können eine Krise nicht lösen ohne sie als Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen und wir müssen uns auf Gerechtigkeit konzentrieren! Und wenn Lösungen innerhalb dieses Systems so unmöglich zu finden sind, dann sollten wir vielleicht das System selbst ändern. Wir sind nicht hergekommen, um die führenden Politiker der Welt zu bitten, sich um uns zu kümmern. Ihr habt uns in der Vergangenheit ignoriert und Ihr werdet uns wieder ignorieren. Wir haben genug von den Ausreden – uns läuft die Zeit davon. Wir sind hergekommen, um Euch wissen zu lassen, dass eine Änderung kommen wird, ob Ihr das wollt oder nicht. Die wahre Macht gehört den Völkern!“
Greta Thunberg vor der UNO Klimakonferenz in Katowice(12.2018)

BALL: Jetzt weiter mit Kitaplätzen!

In den letzten Monaten wurde ein Thema immer wieder angesprochen: Die Situation hinsichtlich der fehlenden Plätze in Kindertagesstätten. Eltern beklagen sich zu Recht, dass ihr gesetzliches Recht auf einen Kita-Platz nicht erfüllt wird. Zwar „bastelt“ die Kieler Regierungskoalition an einem neuen Gesetz, mit dem die Situation verbessert werden soll. Klar ist aber schon jetzt, dass es noch sehr lange dauern wird, bis wirklich alle Kinder (deren Eltern es wollen) untergebracht werden können.



ben „in Arbeit“: 1) Die neue Kita an der Dusterlohe ist in Vorbereitung. Der Aufstellungsbeschluss für das Gelände wurde gefasst und es gibt einen ersten Architekten-Entwurf für die Kita. Hier werden nach Fertigstellung 70 Kinder in 3 Krippen- und 2 Regelgruppen betreut werden. Betreiber sind die „Familienräume“, eine Gesellschaft aus Pinneberg. 2) Die „Familienräume“ betreiben auch die Übergangs-Kita in der Gebrüderstraße. Hier sind jetzt 2 Krippengruppen zu Hause. Nach Fertigstellung der neuen Kita an der Dusterlohe sollen diese Gruppen dorthin umziehen. Die BALL wird sich aber dafür einsetzen,

dass aus der Übergangs- eine Dauerlösung wird. So hätten wir in Perspektive noch 20 weitere Krippenplätze. 3) Am Heederbrook sollte ein Umbau des Sporthauses vorgenommen werden. Dort ist die „Wasserläufer-Gruppe“ der AWO untergebracht. Der Kreis als Aufsichtsbehörde verlangt dort jedoch die Schaffung eines Fahrstuhls – eine Investition von ca. einer Million Euro! Zudem hätten die Kinder während der Umbauphase in ein Provisorium untergebracht werden müssen. Die neuesten Überlegungen gehen jetzt dahin, statt eines Provisoriums auf dem AWO-Gelände eine „feste“, dauer-

hafte Kita-Erweiterung für die „Wasserläufer“ zu bauen und die Räume im Sporthaus für die Schulkinderbetreuung zu nutzen. Das Ganze dann ohne Fahrstuhl und zudem bleiben die Umkleieräume im Sporthaus. Die BALL wird dieses unterstützen. 4) Außerdem plant die Diakonie die Einrichtung einer „Outdoor-Gruppe“ ihrer Kita „Arche Noah“. Hierfür soll am Auloweg ein Bauwagen hergerichtet werden. Der notwendige Bauantrag ist gestellt. Wenn die Kinder dort „einziehen“, soll der in der „Arche Noah“ frei werdende Raum für eine weitere Krippengruppe umgebaut werden.

Die BALL arbeitet darauf hin, dass alle diese Maßnahmen zügig umgesetzt werden. Eine langfristige Lösung betr. fehlender Kita-Plätze ist damit aber noch nicht in Sicht; zumal die Nachfrage bei den angekündigten Beitragssenkungen wohl noch steigen wird. Wir sind der Meinung, dass es notwendig ist, bei der Ausweisung neuer Wohnbaugelände die Bereitstellung von Kita-Plätzen gleich mit einzuplanen!

Klaus Kuberzig
Vorsitzender
Ausschuss für
Jugend u. Soziales



Wie ist der aktuelle Stand?

Am 3. 6. wurden im Sozialausschuss die neuen Wartelisten vorgestellt. Demnach fehlen zum kommenden Kindergartenjahr (ab 1.8.) im Krippenbereich 44 Plätze, im Elementarbereich 42 und im Hortbereich 17 Plätze. Zum 1.8. 2020 werden diese Zahlen sicherlich noch steigen. **Zurzeit sind mehrere Vorha-**

FridaysForFuture:

Die zentralen Klimaschutzforderungen

Anfang Mai hat die BALL Vertreter der FridaysForFuture-Bewegung aus dem Kreis Pinneberg eingeladen, um über ihre Arbeit und Forderungen zu berichten. In einer öffentlichen Veranstaltung in der Pausenhalle der Gottfried-Semper-Gemeinschaftsschule stellten der Abiturient Malte Knöppler (Waldorfschule Elmshorn) sowie Björn Zoufal aus Barmstedt die Ziele der Schüler- und Jugendbewegung vor.

■ **1/4 der Kohlekraft abschalten**
■ Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA (Umweltbundesamt) sind das **180 Euro** pro Tonne CO₂.

Der Klimawandel durch menschengemachte Einflüsse hat zu einem Anstieg der Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre und der Meere seit Beginn der Industrialisierung geführt. Wenn es nicht gelingt, diesen Anstieg auf unter 1,5° zu halten, dann drohen der Erde katastrophale Folgen: Der Meeresspiegel wird steigen, die Polarkappen schmelzen ab, Wetterextreme werden zunehmen; Dürre auf der einen Seite, Starkregen und Wirbelstürme auf der anderen Seite.

Nettonull 2035 erreichen.

Nettonull bedeutet, dass nur die Menge an Treibhausgasen (insbesondere Kohlendioxid (CO₂) und Methan) ausgestoßen werden darf, die auch auf natürlichem Weg z. B. durch Pflanzen abgebaut werden kann.

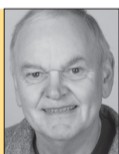
Kohleausstieg bis 2030

Braun- und Steinkohle gehören zu den fossilen (aus der Erde kommenden) Brennstoffen. Deutschland bezieht zur Zeit gut ein Drittel seines Stroms aus Kohlekraftwerken, die hohe Mengen des Treibhausgases CO₂ ausstoßen. FridaysForFuture fordert, dass die Kohleindustrie (und andere fossile Energieträger) nicht mehr subventioniert werden und dass noch in diesem Jahr ein Viertel der umweltschädlichsten Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Laut Umweltbundesamt werden in Deutschland Kohle, Öl und Gas

Klima. Diese Energieversorgung muss so gefördert und subventioniert werden, dass ab 2035 der gesamte Strom in Deutschland damit erzeugt werden kann. Kurzfristig fordert FridaysForFuture eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Sind dann z. B. noch Flüge möglich? Referent Malte hat darauf hingewiesen, dass Flüge heute viel zu billig sind. Bahnfahren ist oftmals teurer als ein Flug – ein Beispiel dafür, wie die Politik die Weichen falsch stellt und ein klimaschädliches Verkehrsmittel durch Steuervergünstigen unterstützt anstatt das umweltfreundliche Bahnfahren stärker zu fördern.

An den Vortrag schloss sich eine angeregte Diskussion an. Malte Knöppler wies darauf hin, dass die Bewegung in wenigen Monaten sehr viele Anhänger gefunden und eine große Resonanz

Herbert Flick
Ausschuss f. Kultur
Schule und Sport



Die Forderungen sind in Zusammenarbeit mit zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erarbeitet worden; insbesondere beruft sich die Bewegung auf den Weltklimarat (IPPC für *Intergovernmental Panel on Climate Change*, 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten und der Weltorganisation für Meteorologie eingerichtet).

Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Explizit fordern wir für Deutschland:

- Nettonull 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger



Von vielen Medien unbeachtet, demonstrierten am 24.5. über 320.000 SchülerInnen für ihre Zukunft

Es ist zu erwarten, dass die Erwärmung sich beschleunigt und die Folgen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Wenn es gelingt, die Erderwärmung unter 1,5° zu halten, ist mit einer langfristigen Stabilisierung des Erdklimas zu rechnen.

Die Forderungen im Einzelnen:

mit ca. 45 Milliarden Euro pro Jahr subventioniert.

100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse, Erdwärme, Gezeiten) können (fast) unendlich genutzt werden und haben praktisch keine negativen Auswirkungen auf das

in der Öffentlichkeit erzielt habe. Es gebe wichtige Unterstützung durch Wissenschaftler(innen) und an einigen Orten haben sich bereits Elterninitiativen (ParentsForFuture) als Unterstützergruppen gebildet. Malte zeigte sich optimistisch, dass die Schülerbewegung weiter wachsen wird.

Fracking-Gas-Terminal: NEIN DANKE!

Präsident Donald Trump droht mit Sanktionen, wenn Europa nicht das teure und zutiefst umweltschädliche Fracking-Gas der US-Konzerne abnimmt, und die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung kommt dem nach. In Brunsbüttel soll ein LNG-Terminal entstehen, wo das Fracking-Gas in verflüssigter Form per Schiff angeliefert wird. Bei der Förderung und Verarbeitung des Fracking-Gases entweichen hochklimaschädliche Methangase. Durch den Austritt von Methan-Gas, das 25mal klimaschädlicher als CO₂ ist, und den energetischen Aufwand für Verflüssigung und Transport ist Fracking-Gas genauso klimaschädlich wie die Energiegewinnung aus Kohle. Bemerkenswert: Die CDU/FDP/GRÜNEN-Landesregierung hat im Koalitionsvertrag den Bau des LNG-Gas-Terminals in Brunsbüttel vereinbart, und FDP-Wirtschaftsminister Buchholz in Kiel hat angekündigt dem Betreiberkonsortium, „German LNG Terminal“, für den Bau direkt 50 Mio. Euro aus Landesmitteln zu schenken (Wie wäre es, wenn diese 50 Mio. an besonders finanzschwache Kommunen wie Barmstedt gingen?). Noch unverschämter: Die Anschlusskosten für das LNG-Terminal von Brunsbüttel nach Hetlingen an das Erdgasnetz sollen nicht von den Investoren, sondern per Umlage von den Gaskunden getragen werden. Alleine für das Terminal Brunsbüttel bedeutet dies ein weiteres Geschenk für die Investoren von 80 Mio Euro. Nebenbei: In unmittelbarer Nachbarschaft der geplanten Hochrisikolage befinden sich – neben Wohngebieten und Betrieben etwa der chemischen

Industrie - eine Sonderabfallverbrennungsanlage sowie insbesondere drei atomare Anlagen: das (stillgelegte) Atomkraftwerk Brunsbüttel, das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle und das im Bau befindliche Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

Die BALL schließt sich den massiven Protesten der Deutschen Umwelthilfe, verschiedener Umweltschutzorganisationen, des „Klimabündnisses gegen LNG“ und der FridaysForFuture-Bewegung gegen den Bau sämtlicher an der deutschen Küste geplanten LNG-Terminals an. Inzwischen haben 56.000 Menschen eine Petition gegen die LNG-Terminals unterstützt. Statt in fossile Infrastrukturen zu investieren, muss der weitere Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien erfolgen. Auch der Landesparteitag der GRÜNEN hat sich gegen das Fracking-Gas-Terminal ausgesprochen, und jetzt wird es darauf ankommen, dass die GRÜNEN in der SH-Landesregierung ihre im Koalitionsvertrag gegebene Zustimmung zum LNG-Terminal zurückziehen. Das sieht derzeit nicht so aus. Noch am 27.5.19 erklärt die GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Kalben, dass sie an der Seite der Fracking-Konzerne und Klimazerstörer steht – allerdings „distanziert“ mit „Unbehagen“: „Wir sehen die Förderung der Investitionen aus Landesmitteln auch wegen der Auswirkungen der Herkunft des LNG auf den Klimaschutz daher mit deutlichem Unbehagen.“ Und: „Mehr als die bisher von der Landesregierung in Aussicht gestellten Mittel wollen wir daher nicht einsetzen.“ Die öffentlichen Proteste müssen weiter gehen.

www.presseportal.de/pm/22521/4282743

Sicherer Überweg gefordert

In der Mühlenstraße hat in den vergangenen Jahren der KFZ-Verkehr stetig zugenommen. Durch den Ausbau der Straße wird hier sehr schnell gefahren. Von den schnell fahrenden PKWs und LKWs sind vor allem die Radfahrer und die Fußgänger betroffen, wenn sie die Straße überqueren wollen.

Kurz vor der Einmündung der Königsberger Straße befindet sich ein Spielplatz. Um auf diesen Platz zu gelangen, müssen die Kinder die Straße überqueren. Dies ist gefährlich, denn zu den schnell fahrenden Kraftfahrzeugen kommt noch die teilweise Unübersichtlichkeit durch parkende PKWs hinzu, hinter denen plötzlich strassquerende Kinder hervorkommen können.

Ende Februar wurde ein Kind beim Überqueren der Straße angefahren. Nachbarn wandten sich seitdem an die Stadt und forderten geeignete Maß-

nahmen für eine sichere Strassenquerung. Die BALL-Fraktion hat daraufhin die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Bauausschusses setzen lassen. Bei der Beratung haben anwesende AnwohnerInnen nach einmal auf die Dringlichkeit hingewiesen. Die Stadtverwaltung stellte fest, dass die Straße eine Kreisstraße sei und der Kreis für eventuelle Maßnahmen verantwortlich ist. Da bis zum 31.5. noch keine Rückmeldung von der Verkehrsaufsicht des Kreises eingegangen war, trafen sich AnwohnerInnen zu einer „Ortsbesichtigung“ am Übergang zum Kinderspielplatz, um aus der Sicht der Betroffenen hier Lösungsansätze zu beraten. Die erörterten Vorschläge reichten von der Aufstellung von Hinweisschildern, geänderten Parkverbotsregelungen, einem abgesicherten Zebrastreifen bis zu einer 30kmh-Zone mit Blitzanlage.